

5951/AB XX.GP

Die Abgeordneten zum Nationalrat Van der Bellen, Freundinnen und Freunde haben am 12. Mai 1999 unter der Nr.6245/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Maßnahmen und Vorbereitungen zum Jahr - 2000 - Problem gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 3:

In meinem Wirkungsbereich ist die technische Betriebsführung des Strahlen - frühwarnsystems von der Jahr - 2000 - Problematik betroffen.

Im Bereich dieses Strahlenfrühwarnsystems wurden die technischen Anlagen durch die Hersteller auf ihre Jahr - 2000 - Verträglichkeit hin bereits überprüft. Bei den zum Strahlenfrühwarnsystem dazugehörigen abteilungsinternen technischen Anlagen wurden die Geräte (Computer) mittels Y2K - Testsoftware überprüft.

Die Meßlabors der nachgeordneten Dienststellen, die mit Aufgaben der Radio - aktivitätskontrolle befaßt sind, wurden aufgefordert, in ihrem Bereich entsprechende Tests zu veranlassen bzw. selbst durchzuführen.

Zum Großteil wurden die notwendigen Umstellungen und Updates bereits abgeschlossen, zum Teil sind diese noch im Laufen und werden im Herbst 1999 abgeschlossen.

Die Kosten für diese Maßnahmen wurden aus dem laufenden Budget bestritten.

Was die übrigen Maßnahmen im Bundeskanzleramt zur Jahr - 2000 - Problematik betrifft, verweise ich auf die Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers zu den Fragen 1 bis 3 der an ihn gerichteten parlamentarischen Anfrage Nr. 6244/J.

Zu Frage 4:

Bei den Tests traten teilweise Probleme bei der Umstellung des Datums vom 31. Dezember 1999 auf den 1. Jänner 2000 bzw. auch den Schalttagen ab 2000 auf. Zum Teil handelt es sich um Fehldarstellungen auf Ausdruck ohne funktionelle Konsequenzen, zum Teil wäre mit Datenverlust zu rechnen gewesen.

Betroffen waren PC Workstations (Sun) und Prozeßrechner sowie Fernwerkzeuge.

Im übrigen darf ich auch zu dieser Frage auf die Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers zu Frage 4 der parlamentarischen Anfrage Nr. 6244/J verweisen.

Zu den Fragen 5 bis 9:

In meinen Wirkungsbereich fallen keine Versorgungs- und Infrastrukturbereiche sowie Notfallplanungen.

Zu den Fragen 10 bis 13:

Hinsichtlich der Auswirkungen auf die nukleare Sicherheit wird die Problematik der Datumsumstellung seit geraumer Zeit auf internationaler Ebene diskutiert. Die Inter - nationale Atomenergieorganisation (IAEO) hat in ihrer vorjährigen 42. Generalkonferenz eine Resolution mit Maßnahmen zur Jahr - 2000 - Problematik verabschiedet. In der Folge wurden ein Fragebogen zum Y2K - Status, ein Aktionsplan sowie Richtlinien für den aus Sicht der Organisation adäquaten Umgang mit der Problematik ausgearbeitet. Die IAEO veranstaltet eine Reihe von Expertentreffen zu diesem Thema und moderiert auch ein globales Forum für den Austausch von Informationen. Soweit bisher Reaktionen von Mitgliedstaaten auf den IAEO - Fragebogen beziehungsweise Aktionspläne im Zusammenhang mit der nuklearen Sicherheit vorliegen, zeigen diese, daß die betroffenen Staaten die Problematik für beherrschbar halten. Bei einem internationalen technischen Expertentreffen der NEA (OECD) gelangten die Teilnehmer zu ähnlichen Schlußfolgerungen. Die von den internationalen Organisationen zur Verfügung gestellten Informationen werden nach Maßgabe der Möglichkeiten laufend ausgewertet.

Um auch Informationen aus erster Hand zu erhalten, hat sich Österreich im Wege der österreichischen Botschaften direkt an alle kernenergienutzenden Staaten in Europa mit der Bitte um Berichterstattung gewandt. Die bisher vorliegenden Informationen zeigen, daß alle betroffenen Staaten an der Problematik arbeiten, ohne die einschlägigen Aktivitäten bereits abgeschlossen zu haben. Da die einschlägigen Jahr - 2000 - Projekte noch nicht abgeschlossen sind bzw. in vielen Fällen nur allgemeine Informationen vorliegen, ist eine Abschätzung des tatsächlichen Risikos zur Zeit nicht möglich.

Bezüglich der Datumsproblematik bei Nuklearwaffen verweise ich auf die Zuständigkeit des Bundesministers für Landesverteidigung.

Zu Frage 4:

Da die Verantwortung für die Sicherheit von Kernkraftwerken beim Betreiber liegt, gibt es für die Bundesregierung keine Veranlassung, durch finanzielle Unterstützung eine aus ihrer Sicht obsolete Technologie zu subventionieren. Österreich wird weiterhin bei allen sich bietenden einschlägigen Gelegenheiten auf die Notwendigkeit einer Lösung der Datumsproblematik hinweisen und entsprechende Gegenmaßnahmen und aussagekräftige Informationen darüber im Interesse des Schutzes der österreichischen Bevölkerung einfordern.